

**PAUL & ALBRECHT**  
**PATENTANWALTSSOZIETÄT**

---

PAUL & ALBRECHT · Hollerbergstr. 18 · 41460 Neuss

Europäisches Patentamt  
 80298 München

DIPL.-ING. RALF ALBRECHT  
 DIPL.-CHEM. DR. BJÖRN DAVEPON  
 DIPL.-ING. DIRK ALBRECHT  
 DIPL.-ING. CORINNA WIEDMANN

In Kooperation mit:  
**SCHRÖTER & ALBRECHT**  
 PATENTANWÄLTE / Isenlohn

beratend / of counsel:  
**DIPL.-ING. DIETER-ALFRED PAUL**

Datum / date:
29. März 2010
Unser Zeichen / our ref.:
6/sw 108 0226
Ihr Zeichen / your ref.:

Patentanwälte mit Zulassung beim  
 Europäischen Patentamt sowie beim  
 EU-Marken- und Gesamtmusterveramt

Aktenzeichen: 04 821 275.7 - 2314  
 (EP 1 711 656)

Inhaberin: Voith Patent GmbH  
 Einsprechende: Heimbach GmbH & Co. KG

---

Auf die mit der Mitteilung vom 9. Februar 2010 überstellte Eingabe  
 der Gegenseite

wird wie folgt geantwortet.

I.

**Art. 100 c) EPÜ i.v.m. Art. 123 (2) EPÜ**

**1. Anspruch 1**

Anspruch 1 geht auch in der neuerlich geänderten Fassung über den  
 Offenbarungsgehalt der ursprünglich eingereichten Anmeldeunterlagen  
 des Streitpatents hinaus.

a) Anspruch 1 wurde u.a. dahingehend geändert, dass die durch die geschäumte Materialschicht (43) miteinander verbundenen bahnförmigen Materialschichten (41, 42, 61) als **textiles Flächengebilde** ausgebildet sind. Mit anderen Worten bilden nach dieser Anspruchsfassung wenigstens **zwei bahnförmige Materialschichten** gemeinsam **ein textiles Flächengebilde**. Für eine derartige Wechselbeziehung zwischen Materialschichten einerseits und **textilen Flächengebildern** andererseits geben die ursprünglichen Anmeldeunterlagen keine Offenbarung her. Selbst die Argumentation der Patentinhaberin steht mit der vorliegenden Anspruchsfassung nicht im Einklang, da sie grundsätzlich davon ausgeht, dass **ein textiles Flächengebilde** eine Ausführungsform **einer bahnförmigen Materialschicht** sein soll.

Die Änderung verstößt somit gegen Artikel 123 (2) EPÜ.

b) Der Vortrag der Patentinhaberin, wonach auf Basis der ursprünglichen Ansprüche 14 bis 27 offenbart sein soll, dass **textile Flächengebilde allgemein** als besondere Ausführungsformen bahnförmiger Materialschichten gelten, kann nicht überzeugen:

Das Merkmal „**textile Flächengebilde**“ taucht nur in den Ansprüchen 20, 21, 22, 25 und 27 auf. Aus diesem Grunde können zunächst einmal - wenn überhaupt - nur diese Ansprüche eine Offenbarung für die zuvor genannte Relation darstellen. Allerdings werden in diesen Patentansprüchen **textile Flächengebilde** nicht als Ausführungsformen von bahnförmigen Materialschichten allgemein offenbart, sondern jeweils nur in Bezug auf eine Materialbahn mit weiteren Eigenschaften. Dies stellt sich wie folgt dar:

In Anspruch 20 kann die die Oberfläche der Materialbahn beeinflussende Materialschicht ein **textiles Flächengebilde** sein.

Nach Anspruch 21 kann die verschleißstabile Materialschicht ein textiles Flächengebilde sein.

Anspruch 22 beschreibt, dass die dimensionsstabile Materialschicht ein textiles Flächengebilde sein kann.

Nach Anspruch 25 kann ein textiles Flächengebilde eine Materialschicht mit hohem oder niedrigem Flüssigkeitsaufnahmeverolumen darstellen.

Gemäß Anspruch 27 kann ein textiles Flächengebilde eine die Rückbefeuchtung unterbindende Materialschicht darstellen.

Wie in dieser Anspruchsformulierung unschwer zu erkennen ist, ist die Verwendung textiler Flächengebilde als Ausführungsform bahnförmiger Materialschichten grundsätzlich an weitere Eigenschaften der Materialschichten gekoppelt. Dies sieht Anspruch 1 in nun vorgelegter Fassung jedoch nicht vor, denn hierin sollen textile Flächengebilde jedwede Form von bahnförmigen Materialschichten darstellen können. Mangels Offenbarung hierfür geht Anspruch 1 über den Offenbarungsgehalt der ursprünglich eingereichten Unterlagen hinaus.

c) Basierend hierauf existiert logischerweise erst recht keine Offenbarung dafür, dass mehrere der vorgesehenen Materialschichten als textile Flächengebilde ausgestaltet sein können. Der Verweis auf die in den Figuren 1 und 5 dargestellten Ausführungsbeispiele vermag ebenfalls nicht zu überzeugen, da diese Ausführungsbeispiele keine textilen Flächengebilde in allgemeiner Form, sondern, wie von der Patentinhaberin richtig festgestellt, konkrete Beispiele darstellen, deren Verallgemeinerung auf einen Anspruchsgegenstand ohnehin nur in Ausnahmefällen zulässig ist.

Das in Figur 1 dargestellte Ausführungsbeispiel scheidet von vornherein als mögliche Stützung für die vorgenommenen Anspruchsänderungen aus, da die Materialschichten 2 und 3 ausweislich der auf Seite 9 der ursprünglichen Anmeldeunterlagen befindlichen Figurenbeschreibung nicht-textile Flächengebilde darstellen. Die beanspruchte Bespannung fordert jedoch textile Flächengebilde.

Betreffend das in Figur 5 dargestellte Ausführungsbeispiel und die dazugehörige Figurenbeschreibung auf Seite 11 im dritten Absatz werden hier nur zwei durch eine geschäumte Materialschicht miteinander verbundene bahnförmige Materialschichten offenbart, die als Webstrukturen vorliegen. Aus welchem Grund die Verbindung zwischen einer geschäumten Materialschicht und einer Webstruktur grundsätzlich auf alle möglichen Ausführungsformen textiler Flächengebilde übertragbar sein soll, ist jedoch nicht erkennbar. In Anbetracht der laut ursprünglichem Anspruch 28 für textile Flächengebilde in Frage kommenden, stark unterschiedlichen Materialien wie Webstruktur, Vlies, Fadengelege oder Kettengewirk kann wegen deren Verschiedenheit auch nicht ohne weiteres von einer Austauschbarkeit ausgegangen werden. Eine Verallgemeinerung von Webstruktur auf textiles Flächengebilde ist damit unzulässig.

d) Zusammenfassend ist damit festzustellen, dass Anspruch 1 in vorliegender Fassung über den Offenbarungsgehalt der ursprünglich eingereichten Unterlagen hinausgeht und deshalb gegen Art. 123 (2) EPÜ verstößt.

## 2. Anspruch 14

Anspruch 14 sieht gemäß der nun vorliegenden Fassung vor, dass die in einer Breitenrichtung der Bespannung nebeneinander angeordneten bahnförmigen Materialschichten einer Lage durch eine quer zur Breitenrichtung dazu versetzt angeordnete bahnförmige Materialschicht

der anderen Lage überlappt ist. Hierzu gibt die Patentinhaberin die beiden letzten Absätze auf Seite 7 der ursprünglichen Anmeldeunterlagen als Offenbarung an. Dort ist im letzten Absatz allerdings zu entnehmen, dass die aufeinander gestapelten Materialschichten zumindest abschnittsweise quer zur Maschinenrichtung zueinander **versetzt sind**. Da die Maschinenrichtung üblicherweise die Längsrichtung und nicht die Breitenrichtung betrifft, kann diese Textpassage nicht zur Stützung der in Anspruch 14 vorgenommenen Änderung herangezogen werden, denn sie steht sogar hierzu im Widerspruch. Da die Anmeldeunterlagen insgesamt keine Offenbarung für dieses Merkmal enthalten, verstößt die Anspruchsänderung gegen Art. 123 (2) EPÜ.

## II.

### Auslegung der Ansprüche 1 und 14

Den Patentansprüchen 1 und 14 ist jeweils das Merkmal gemein, dass

„zwei Materialschichten durch ein Verbindungsmedium chemisch miteinander verbunden sind“.

Die Patentinhaberin versucht beispielsweise auf Seite 10 der letzten Eingabe in Bezug auf das Dokument D7 den Eindruck zu erwecken, diese Anspruchsformulierung würde bedeuten, dass die chemische Verbindungswirkung von der geschäumten Schicht ausgehen müsse:

„(...) Es ist jedoch nicht die geschäumte Schicht selbst, die durch ihre chemische Verbindungswirkung den Verbund zwischen den beiden darüber bzw. darunter angeordneten Materialschichten herstellt.“

Diese Interpretation geht jedoch im Anspruchswortlaut vorbei. Das Merkmal fordert lediglich, dass zwei bahnförmige Materialschichten durch ein Verbindungsmedium auf chemische Weise miteinander verbunden sind. Von welcher der Materialschichten die chemische Verbindung „ausgeht“, lässt die vorliegende Anspruchsformulierung hingegen

gen offen. Mit anderen Worten gilt dieses Merkmal als erfüllt, wenn aus dem Stand der Technik eine chemische Verbindung zwischen Materialschichten und Verbindungsmedium offenbart sind, ungeachtet dessen, wie die Beteiligung der jeweiligen Lagen an der chemischen Verbindung ist.

### III.

Art. 100 a) EPÜ i.V.m. Art. 54 EPÜ

#### Anspruch 1

##### 1. Dokument D1

D1 beschreibt ein Papiermaschinenfilz mit einem Grundgewebe 1, einer Faserschicht 3 und einem dazwischen angeordneten elastischen Körper 2, der aus Schaumstoff bestehen kann (D1, Seite 2, letzter Absatz). Gemäß Anspruch 2 der D1 wird der elastische Körper 2, also die Schaumstoffschicht, mit der Faserschicht 3 und dem Grundgewebe 1 durch eine thermisch fixierte Schmelzverbindung **verbunden**.

Eine solche Schmelzverbindung wird explizit in Abschnitt [0040] des Streitpatents als Möglichkeit zur Erstellung einer **chemischen Verbindung** zweier bahnförmiger Materialschichten mit einem Verbindungsmedium genannt. Dass zusätzlich zu der Schmelzverbindung die Faserschicht laut D1 auf dem elastischen Körper 2 und dem Grundgewebe 1 vernadelt ist, ändert nichts daran, dass zwischen diesen Schichten auch eine chemische Verbindung im Sinne des Anspruchs 1 des Streitpatents vorliegt. Außerdem schließt Anspruch 1 des Streitpatents nicht aus, dass die bahnförmigen Materialschichten zusätzlich zur chemischen Verbindung über das Verbindungsmedium noch über weitere, gegebenenfalls auch mechanische Methoden, miteinander verbunden sind. Ganz im Gegenteil belegen nämlich die Ausführungen der Patentinhaberin im letzten Schriftsatz zum diesseiti-

gen Klarheitseinwand gegen Anspruch 12, dass eine zusätzliche mechanische Verbindung der bahnförmigen Materialschichten durchaus vorgesehen sein kann.

Die weiteren Interpretationsversuche der Patentinhaberin dahingehend, dass die Verbindung zwischen Schaumstoff und Faserschicht über ein Aufschmelzen der Fasern hervorgerufen werden soll, sind reine Spekulation und widersprechen zudem den chemischen Fakten. Auf Seite 3 der D1 ist ausgeführt, dass die Fasern aus Polyamid bestehen. Polyamide zeichnen sich jedoch gerade dadurch aus, dass sie relativ hohe Schmelzpunkte von jenseits der 200°C besitzen. Ein Aufschmelzen der Fasern bei den in D1 angegebenen Temperaturen zur Thermofixierung zwischen 130 und 150°C ist daher kaum vorstellbar. Selbst wenn dem so wäre, liegt selbst danach noch eine Filzschicht vor, wie Anspruch 1 der D1 belegt. Da es, wie oben erörtert, vollkommen unerheblich ist, ob die chemische Verbindung von der geschäumten Materialschicht „ausgeht“ oder nicht, wäre selbst bei Aufschmelzen eines Teils der Fasern auf den Schaumträger das Merkmal der chemischen Verbindung zwischen diesen beiden im Sinne des Streitpatents erfüllt.

Daher lassen Ansprüche 2 und 3 der D2 keinen Zweifel daran, dass der elastische Körper 2 in Form einer geschäumten Schicht eine chemische Verbindung sowohl mit dem Grundgewebe (1) als auch der Faserschicht (3) im Sinne des streitpatentgemäßen Anspruchs 1 ein geht. D1 ist somit neuheitsschädlich für Anspruch 1.

## 2. Dokument D7

D7 beschreibt einen Pressfilz für eine Papiermaschine, der aus mehreren übereinander angeordneten Materialschichten aufgebaut ist. Der Pressfilz weist auf der Maschinenseite ein Basisgewebe und auf der mit der Papierbahn in Kontakt stehenden Seite einen Filz auf,

wobei zwischen diesen beiden Lagen eine komprimierbare saugfähige Lage angeordnet ist (D7, Brückenabsatz Seite 1/2). Es handelt sich also um zwei bahnförmige textile Flächengebilde. Für die komprimierbare Zwischenlage wird auf Seite 4 ein Elastomerschaum vorgeschlagen, der chemisch mit der Filzlage verbunden sein kann (Seite 4, Zeilen 4 bis 6, „chemically adhered“).

Wie bereits erörtert, lässt der Wortlaut des Anspruchs 1 des Streitpatents offen, von welcher der beteiligten Schichten die chemische Verbindung zwischen geschäumter Materialschicht und bahnförmigen Materialschichten „ausgeht“. Aus diesem Grund D7 neuheitsschädlich für Anspruch 1.

### 3. Dokument D8

Entgegen der von der Patentinhaberin vertretenen Auffassung nimmt D8 auch den Gegenstand des geänderten Anspruchs 1 in neuheitsschädlicher Weise vorweg.

In D8 wird in den Patentansprüchen 25 und 26 ein Pressfilz für eine Papiermaschine beschrieben, welcher einen mehrlagigen Aufbau aufweist. Anspruch 26 zufolge weist der Pressfilz ein Basisgewebe auf, auf dem gemäß Anspruch 25 eine Polymerschaumlage angebracht ist, auf der wiederum eine Lage eines nicht-gewobenen Fasermaterials befestigt ist. D8 beschreibt somit einen Pressfilz mit den streitpatentgemäß beanspruchten Materialien und Aufbau.

Die Verbindungen der einzelnen Lagen untereinander können gemäß D8, Spalte 6, Zeilen 3 bis 15 zufolge durch Vernadeln oder auf andere Weise erstellt werden. In den Zeilen 11 bis 15 der Spalte 6 wird insbesondere bei der Verwendung einer Zwischenschicht aus einem Polymerschaum, also dem streitpatentgemäß vorgesehenen Material, empfohlen, anstelle der Verbindung über Vernadelung auf andere, für

diese Art der Verbindung bekannte Methoden auszuweichen. Diese Empfehlung ist auch in technischer Sicht vollkommen verständlich, da durch Vernadeln die Schaumstruktur des Polymerschaums zerstört würde. Da mechanische Verbindungsmethoden grundsätzlich die Schaumstruktur schädigen würden, kommen nur chemische Verbindungsmethoden in Frage, die an dieser Stelle als einzige Alternative implizit offenbart sind. Diese Methoden sind aus dem Stand der Technik auch schon lange vor D8 (1992) bekannt, wie die an dieser Stelle rein gutachterlich herangezogene Entgegenhaltung D1 belegt, die aus 1973 stammt. Damit ist der Gegenstand von Anspruch 1 auch aus der Entgegenhaltung D8 bekannt.

IV.

Art. 100 a) EPÜ i.v.m. Art 56 EPÜ

A.

Anspruch 1

Sollte D8 für Anspruch 1 des Streitpatents nicht bereits als neuheitsschädlich angesehen werden, so beruht dessen Gegenstand zumindest nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit gegenüber einer Kombination aus den Dokumenten D8 und D2.

1. Wie bereits bei den obigen Ausführungen zur Neuheit dargelegt, wird in D8 nicht explizit, wohl aber implizit offenbart, dass die beiden außenliegenden Materialbahnen mit der dazwischen angeordneten Schicht aus geschäumten Material auf chemische Weise erstellt werden soll. D8 enthält in Spalte 6, Zeilen 11 bis 15 den expliziten Hinweis, anstelle der in D8 genannten Möglichkeit über Vernadeln bei der Verwendung eines Polymerschaummaterials als Zwischenschicht eine andere Art der Verbindung zu wählen. Auch Anspruch 1 des Streitpatents sieht eine Zwischenschicht (Verbindungsmedium) aus einem Polymerschaum vor.

2. Ausgehend von D8 als nächstliegendem Stand der Technik wird dem Fachmann bereits in D8 die Aufgabe gestellt, anstelle der dort für die Verbindung zwischen den äußeren textilen Materialschichten und der Polymerschaumzwischenschicht explizit als ungeeignet beschriebenen Vernadelung eine andere Möglichkeit der Verbindung zu finden.

Das Streitpatent sieht als Lösung für diese Aufgabe die Ausbildung einer chemischen Verbindung zwischen den bahnförmigen Textilschichten und dem dazwischen angeordneten Polymerschaumschicht vor.

3. Diese Lösung war jedoch für den Fachmann bereits vor dem Prioritätszeitpunkt des Streitpatents ohne weiteres aus der Entgegenhaltung D2 bekannt. Dort ist in Spalte 1, Zeilen 49 bis 53 beschrieben, dass die Polymerschaumschicht zwischen den Textillagen in-situ aus einem Polyurethanschaummaterial hergestellt werden kann, welches während des Polymerisationsprozesses eine chemische Verbindung mit den jeweiligen Textillagen eingeht. Der Fachmann erkennt an dieser Stelle sofort einen weiteren Vorteil, nämlich dass die Polymerschaumschicht und die Verbindung zu den Textilbahnen in einem einzigen Schritt erzeugt werden kann. Der Fachmann wird sich diesen weiteren Vorteil nicht entgehen lassen und auch aus diesem Grund auf die in D2 vorgeschlagene Lösung zurückgreifen. Hierdurch gelangt er unmittelbar zum streitpatentgemäß beanspruchten Gegenstand.

4. Zusammenfassend ist somit festzustellen, dass der Gegenstand von Anspruch 1 des Streitpatents wenn nicht schon durch D8 neuheitsschädlich vorbeschrieben, doch zumindest in Zusammenshau mit D2 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht.

11

B.

**Anspruch 14**

1. Wie bereits in dem Abschnitt betreffend die mangelnde Neuheit von Anspruch 1 ausgeführt ist, nimmt D1 sämtliche Merkmale des streitpatentgemäßen Anspruch 1 in neuheitsschädlicher Weise vorweg. Im Folgenden wird daher zur Vermeidung von Wiederholungen nur auf die Unterschiede zwischen Anspruch 1 und Anspruch 14 des Streitpatents eingegangen. Der neu vorgelegte Anspruch 14 unterscheidet sich von Anspruch 1 zunächst durch das Merkmal, dass

„zumindest zwei bahnförmige Materialschichten (41, 42, 61) zweier verschiedener Lagen durch ein Verbindungsmedium chemisch miteinander verbunden sind, wobei das Verbindungsmedium eine geschäumte Materialschicht (43) zwischen den miteinander verbundenen Materialschichten (41, 42, 61) der beiden verschiedenen Lagen bildet“.

Der aus D1 bekannte Papiermaschinenfilz ist ausweislich Anspruch 1 sowie der Figur aus übereinander gestapelten Schichten unterschiedlicher Materialien aufgebaut, nämlich einem dehnungsfreien Grundgewebe 1, einer mit diesem chemisch verbundenen Schaumstoffschicht 2 und einer mit dieser chemisch verbundenen Faserschicht 3. Die beiden textilen Materiallagen in Form des dehnungsfreien Grundgewebes 1 und der Faserschicht 3 gehören selbstverständlich zwei verschiedenen Lagen an, so dass auch dieses neu hinzugefügte Merkmal aus D1 bereits bekannt ist.

2. Damit unterscheidet sich der Gegenstand von Anspruch 14 von der Offenbarung der D1 nur noch in dem Merkmal, dass

„in einer Breitenrichtung der Bespannung nebeneinander angeordnete bahnförmige Materialschichten einer Lage durch eine quer zur Breitenrichtung dazu versetzt angeordnete bahnförmige Materialschicht der anderen Lage Überlappt ist“.

Mit anderen Worten ist streitpatentgemäß gefordert, zumindest eine der Materiallagen nebeneinander in Breitenrichtung „anzustückeln“ und die sich hierbei zwangsläufig ausbildenden Nahtstellen mit der zweiten Materialbahn zu überlappen.

3. Den weiteren Ausführungen soll vorangestellt werden, dass dieses Merkmal keinerlei Beschränkungen bezüglich der Ausgestaltung der überlappenden bahnförmige Materialschicht beinhaltet. Das obige Merkmal ist also bereits dann erfüllt, wenn nebeneinander angeordnete bahnförmige Materialschichten vollflächig durch eine einzelne Lage einer weiteren bahnförmigen Materialschicht überlappt ist.

4. Das Streitpatent gibt in der als Offenbarung für das oben genannte Merkmal herangezogenen Passage auf Seite 7, Zeilen 15 bis 31 keinen technischen Effekt an, der durch den nun beanspruchten Aufbau erzielt werden soll. Insbesondere schweigt sich das Streitpatent darüber aus, welcher Vorteil aus einem solchen Aufbau in Kombination mit der zwischen den bahnförmigen Materialschichten vorgesehenen geschäumten Materialschicht erreicht wird. Es wird deshalb diesseits angenommen, dass durch den zuvor genannten Aufbau eine bessere Stabilität der Papiermaschinenbespannung, insbesondere in Querrichtung erzielt werden soll.

Die sich hieraus unmittelbar ableitende objektive technische Aufgabe besteht folglich darin, die aus D1 bekannten Papiermaschinenbespannungen in Bezug auf deren Stabilität, insbesondere in der Querrichtung zu verbessern.

5. Die im Streitpatent hierfür vorgeschlagene Lösung ist jedoch bereits durch den Stand der Technik nahe gelegt:

So offenbart D9 einen Papiermaschinenfilz, der gemäß Spalte 4, Zeilen 2 bis 8 aus nebeneinander angeordneten schmalen Trägerbahnen

streifen aufgebaut ist, welche sich quer zur Laufrichtung wendelförmig überlappen. Der hierdurch laut D9 erzielte technische Effekt besteht gemäß der Beschreibung in Spalte 3 in den Zeilen 54 f exakt in der Lösung der oben genannten objektiven technischen Aufgabe, nämlich Papiermaschinenfilze mit ausreichender Querstabilität zu schaffen. Der Fachmann darf also erwarten, in D9 eine Lösung für sein Problem zu finden.

In Figur 4 der D9 ist ein Papiermaschinenfilz in Schnittdarstellung abgebildet, wobei nebeneinander angeordnete Trägerbahnstreifen (51) durch eine durchgehende Filzlage (49) vollständig überlappt werden. Dieser Aufbau ist mit der streitpatentgemäßen Lösung identisch.

6. Der Fachmann hat bei der Kombination der technischen Lehren aus D1 und D9 auch keine Schwierigkeiten bei der technischen Umsetzung, wie die Patentinhaberin zu suggerieren versucht. Es soll an dieser Stelle in Erinnerung gerufen werden, dass Anspruch 14 keinen Verfahrensanspruch, sondern einen Vorrichtungsanspruch darstellt. Es ist folglich unerheblich, wie die in D9 offenbarte Trägerbahn hergestellt wird, sofern dies grundsätzlich die Möglichkeit offen lässt, die aus D1 bekannte technische Lehre beizubehalten. Diese Möglichkeit ist vorliegend ohne weiteres gegeben. Der Fachmann könnte beispielsweise die erste bahnförmige Materialschicht durch seitlich versetztes Wickeln wie in D9 beschrieben herstellen und parallel hierzu die geschäumte Materialschicht auf der zweiten bahnförmigen Materialschicht chemisch anbinden, wie dies aus D1 bekannt ist. Anschließend könnte dieser Verbund aus geschäumter Materialschicht und zweiter bahnförmiger Materialschicht gemäß D1 auf chemische Weise mit der gewickelten Materialbahn kombiniert werden, wodurch der gemäß Anspruch 14 beanspruchte Gegenstand realisiert wäre.

Es können daher keine Zweifel bestehen, dass durch eine Kombination der Dokumente D1 mit D9 nicht bloß die Möglichkeit geschaffen wird, die objektive technische Aufgabe zu lösen, sondern der Fachmann auch ohne weiteres in der Lage wäre, zum Streitpatent gemäß beanspruchtem Gegenstand zu gelangen.

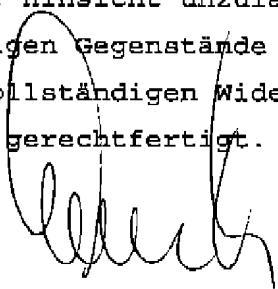
7. Zusammenfassend ist somit festzustellen, dass der Gegenstand von Anspruch 14 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit gegenüber den Dokumenten D1 und D9 beruht.

8. Da die weiteren Dokumente D7 und D8 in Bezug auf Anspruch 14 des Streitpatents denselben Offenbarungsgehalt besitzen wie Dokument D1, ergibt sich auch bei einer Zusammenschau dieser Dokumente mit der Entgegenhaltung D9 der Gegenstand von Anspruch 14 in naheliegender Weise.

v.

Fazit

Zusammenfassend ist somit festzustellen, dass die neu vorgelegten Ansprüche in formaler Hinsicht unzulässig sind und darüber hinaus auch keine patentfähigen Gegenstände betreffen. Der diesseits gestellte Antrag auf vollständigen Widerruf des Streitpatents ist deshalb nach wie vor gerechtfertigt.



(Ralf Albrecht)

Patentanwalt